

Gemeinde Kall Der Bürgermeister	Vorlagen-Nr. 131/2025	öffentliche Sitzung	
Vorlage erstellt: 10.06.2025	Federführung: 2.1	TL: SB:	Frau Keutgen Frau Keutgen
Mitzeichnung durch:	Bürgermeister		Allg. Vertreter
Teamleiter/in	Sachbearbeiter/in		Kämmerer, wenn haushaltsrechtl. Auswirkungen:

Haushaltsmäßige Auswirkungen:

X Vorlage berührt nicht den Haushalt.

Mittel verfügbar bei	Euro
----------------------	------

über-/außerplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen erforderlich bei Deckung erfolgt durch	Euro
---	------

Freiwillige Leistung der Gemeinde	
-----------------------------------	--

Gremium	Termin
Ausschuss für Entwicklung, Umwelt, Digitalisierung und öffentl. Sicherheit	26.06.2025

**Windenergiebereich westlich Kall / östlich Wintzen „Wackerberg“
hier: Vorstellung eines Windparks**

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen des Projektentwicklers zum geplanten Windpark „Wackerberg“ werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den noch zu erarbeitenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrag für die Errichtung des geplanten Windparks einschl. der erforderlichen Fachgutachten (z.B. das Schalltechnische Gutachten und die Schattenwurfprognose etc.) dem Fachausschuss zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Sachdarstellung:

Es wird Bezug genommen auf die Sitzung des Ausschusses für Entwicklung, Umwelt, Digitalisierung und öffentliche Sicherheit der Gemeinde Kall am 28.01.2025 - TOP 7 der öffentlichen Sitzung bzw. die Ratssitzung der Gemeinde Kall am 28.01.2025 – TOP 8 der öffentlichen Sitzung -. In diesen Sitzungen hat der Fachausschuss bzw. der Rat über den Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien (EE) zum Regionalplan Köln beraten. Wesentlicher Plangegenstand des Sachlichen Teilplans EE ist die Festlegung von Windenergiebereichen im gesamten Regierungsbezirk Köln, die der Erfüllung der bundesgesetzlich und landesplanerisch vorgegebenen Flächenbeitragswerte für die Windenergie Rechnung trägt.

Auf die diesbezüglich erstellten Sitzungsvorlagen bzw. Niederschrift wird verwiesen.

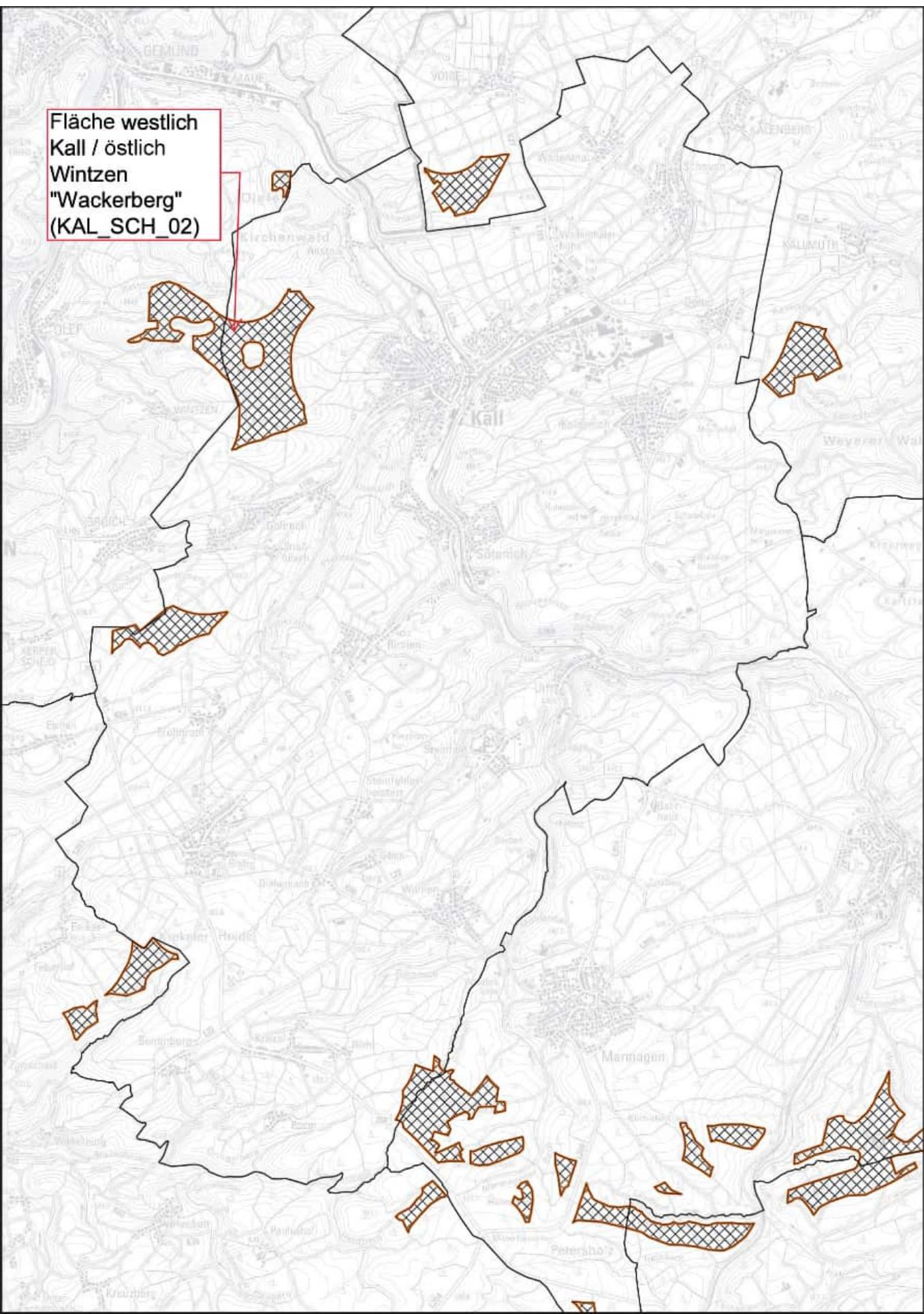
Der Fachausschuss bzw. der Rat haben in diesen Sitzungen der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt. Im Wesentlichen wurden seitens der Verwaltung für die im Gemeindegebiet festgelegten Flächen zur Nutzung der Windenergie (sog. Windenergiebereiche – WEB –) Bedenken gegen die Ausweisung von sog. Beschleunigungsgebieten vorgetragen, da innerhalb der Beschleunigungsgebiete die Genehmigungserleichterungen nach den §§ 6 oder 6b WindBG anzuwenden sind.

Darüber hinaus wurde der für die Regionalplanung angenommene Abstand zu Siedlungsbereichen im bauplanungsrechtlichen Innenbereich von 700m als nicht ausreichend erachtet.

Die im Entwurf des Teilplans EE zum Regionalplan dargestellten Windenergiebereiche sind in der Anlage 1 nochmals beigelegt. Zum derzeitigen Stand des Verfahrens zum Teilplan EE wird auf TOP 1.2 der heutigen Sitzung verwiesen.

Ein Projektentwickler beabsichtigt, im Bereich des WEB westlich Kall / östlich Wintzen „Wackerberg“ (KAL SCH 02) einen Windpark zu errichten. Der ca. 150 große Windenergiebereich liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Kall und der Stadt Schleiden.

Vertreter des Projektentwicklers werden den geplanten Windpark in der Sitzung vorstellen.





SPD Kall
13. Mai 2014

Keine Windräder nördlich der Golbacher Ortslage

Die SPD Kall lehnt die Errichtung neuer Windräder auf dem Wackerberg nördlich der Golbacher Ortslage entschieden ab. Wir wollen nicht, dass, wie von anderen Parteien vorgeschlagen, im Waldgebiet auf dem Wackerberg neue Windräder entstehen.



SPD Kall
22. März 2015

Auch deshalb wollen wir keine Windanlagen auf dem Wackerberg - mitten im Wald, direkt am Eifelsteig. Man muss sich schon fragen, was die Kaller GRÜNEN dazu bringt, immer noch an diesem Projekt festzuhalten.



Lothar Lenz
13. März 2015

Uhu und Windkraftanlagen

Bislang gingen viele Naturschützer davon aus, dass der Uhu weniger stark von Windkraftanlagen bedroht sei. Es wurde allgemein angenommen, der Uhu flöge in geringerer Höhe und würde so von Windkraftanlagen nicht unmittelbar betroffen sein. Eine gezielte Beobachtung der Gesellschaft zur Erhaltung der Eulen e.V. (EGE) in einem Windpark zeigte nun, dass Eulen auch durch große Anlagen (E82) bedroht sind. Das Flugverhalten von Eulen macht sie grundsätzlich auch zu potenziellen Opfern von Windkraftanlagen.



Zusätzliche Belastungen für Höhenorte wie Schöneseiffen durch Windräder sollen vermieden werden.

Schleiden

Zusätzliche Flächen für Windräder abgelehnt

Schleiden weist Pläne der Bezirksregierung Köln zurück – Nationalpark Eifel macht fast die Hälfte des Stadtgebietes aus

VON WOLFGANG KIRFEL, KR • 3.2.2025

SCHLEIDEN - Die Stadt Schleiden will keine weiteren Windparks ansiedeln und lehnt deshalb die Ausweisung zusätzlicher Flächen im Rahmen des Teilplans Erneuerbare Energien zum Regionalplan Köln ab. Vorgesehen sind darin Bereiche in Gemünd-Mauel und auf dem Wackerberg sowie eine Erweiterung des Bürgerwindparks Schleiden. „Wir haben unsere Hausaufgaben in dem Bereich schon gemacht“, erklärte Bürgermeister Ingo Pfennings und verwies auf die bereits vorhandenen Anlagen in Schöneseiffen und Patersweiler. Der Stadtrat hat der Stellungnahme der Verwaltung in seiner jüngsten Sitzung einstimmig zugestimmt.

Die Stadt war von der Bezirksregierung Köln im Rahmen der Aufstellung des Teilplans Erneuerbare Energien aufgefordert worden, eine Stellungnahme abzugeben. „Die Stadt nimmt beispielsweise eine Sonderstellung ein, weil der Nationalpark Eifel mit 5622 Hektar schon fast die Hälfte der Fläche in Anspruch nimmt“, erklärte Bürgermeister Ingo Pfennings. Und es gebe noch weitere Besonderheiten, die trotz der Hinweise der Stadt bislang nicht berücksichtigt worden seien.

So führe eine Anrechnung der Nationalparkflächen auf die Gesamtfläche des Stadtgebietes zu einer massiven Ungleichbehandlung gegenüber anderen Kommunen. Wegen des Nationalparks ständen große Teile des Stadtgebiets weder für städtebauliche Entwicklungen noch für die Windkraftnutzung zur Verfügung. Deshalb müsse der Bereich von der Gesamtfläche des Stadtgebietes abgezogen werden. „Wenn der Nationalpark nicht eingerechnet wird, beläuft sich der Flächenanteil für Windenergie in den bereits bestehenden Windkraftkonzentrationszonen auf 5,23 Prozent und liegt damit deutlich über den geforderten rund zwei Prozent“, betonte Pfennings. Nicht nachvollziehbar sei aber, dass die

Bezirksregierung zwei bereits genehmigte Anlagen in Schönesseiffen nicht in den Plan aufgenommen habe.

Der Ausbau von Windkraftanlagen mit neuen Windenergiegebieten ohne direkte Angrenzung an einen bestehenden Windpark werde auch die Schutz- und Erholungsfunktion des Nationalparks Eifel nachhaltig beeinträchtigen. Auch die Attraktivität der natürlichen Umgebung werde dadurch deutlich gemindert.

Zudem sei die Topographie im Schleidener Stadtgebiet nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Topographie führe zu einer Konzentration in den Tallagen, was dort eine enge Bebauung mit einem fast durchgängigen Siedlungsband zur Folge habe. Da es in der Tallage aber kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten gebe, habe der Siedlungsdruck bereits Ortschaften wie Scheuren erreicht, die nahe an der Tallage dran sind.

Die bereits bestehenden Windkraftkonzentrationszonen und auch die geplanten Windenergiebereiche mit weiteren neuen Flächen müssten sich deshalb auf die Höhenorte im Stadtgebiet konzentrieren, so dass diese durch zusätzliche Planungen überproportional stark im Vergleich zur Gesamtfläche belastet würden. „Diese Überbelastung hätte gravierende Folgen für die Lebensqualität der Bewohner, aber auch für die touristische Attraktivität der Region und das Landschaftsbild“, warnt die Stadt. In den Planungsunterlagen fehlten klare Aussagen zur Bewältigung der Beeinträchtigungen in Schleiden, die seitens der Stadt gefordert würden.

Pfennings geht davon aus, dass der ländliche Raum mehr Flächen für Windkraftanlagen zur Verfügung stellen muss, weil in den Ballungsgebieten kein Platz vorhanden ist. „Aber Rat und Verwaltung sind sauer, dass mit der Planung massiv in die Planungshoheit der Kommunen eingegriffen wird“, beklagte der Bürgermeister.

„Wir sollen bei der Genehmigung von Windrädern in unserer Stadt als Rat und Stadt de facto kein Mitspracherecht haben. Wir können in einer Stellungnahme versuchen, Einfluss zu nehmen; ich hoffe sehr, dass uns dies gelingt“, meinte Jan Griskewitz (FDP). Die Stadt Schleiden sei Vorreiter beim Thema Windenergie und schon lange Klima-Plus-Kommune. „Jetzt zwingt uns die Bezirksregierung Flächen für Windkraft im Wald auf, während sie gleichzeitig Flächen, die schon Windkraftzonen sind oder als solche von uns vorgesehen sind, nicht einmal berücksichtigt hat. Das muss dringend korrigiert werden.“

Die Stadt solle Verantwortung beim Klimaschutz und damit auch bei den erneuerbaren Energien übernehmen: „Deshalb braucht es möglicherweise noch mehr Windkraft bei uns. Aber bitte mit Augenmaß und unter Abstimmung der politischen Akteure und Bevölkerung vor Ort“, forderte der FDP-Fraktionsvorsitzende.

Ob Windkraft im Wald zwingend notwendig sei, während viele Teile in Nordrhein-Westfalen bei der Planung verschont blieben, müsse hinterfragt werden.